

Foto: ddp



Wahl-Bürger

Eine halbe Million Wahlberechtigte in Baden-Württemberg haben ihre Wurzeln nicht in Deutschland

VON ANDREAS WÜST, MANNHEIM

In den Parlamenten sind sie noch Exoten, doch als Wähler werden sie bereits von den Parteien wahrgenommen: Etwa sechs Prozent der Menschen, die am Sonntag für die Wahl des Landtags wahlberechtigt sind, sind Zuwanderer. Wie sie wählen und warum, erläutert Andreas Wüst, Politikwissenschaftler aus Mannheim.

Im Vorfeld der Wahlen zum Landtag am 26. März sorgt der „Einbürgerungsleitfaden“ der Landesregierung für reichlich Diskussionsstoff. Implizit geht es dabei um die Frage, wie Deutsche, die seit vielen Generationen in diesem Land beheimatet sind, mit Menschen gedeihlich zusammenleben können, die gerne Deutsche werden möchten, aber als Einwanderer in dieses Land kamen oder in zweiter oder dritter Generation hier leben. Integration kann bedeuten, dieselbe Sprache zu sprechen oder einen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg eines Landes zu leisten. Manche Politiker denken bei Integration vor allem an die Übernahme von Wertvorstellungen, die in Deutschland zu Hause sind. Integration sollte aber auch die Teilhabe der „neuen“ Deutschen an der Politik beinhalten. Dieser politische Teil der Integration von Zuwanderern ist bislang in Deutschland noch nicht sehr weit gediehen. Insbesondere bei der Ausübung des passiven Wahlrechts, also bei Kandidaturen für politische Ämter, sind die Zuwanderer noch deutlich unterrepräsentiert. Für Baden-Württemberg mit seinem im Vergleich zu anderen Bundesländern überdurchschnittlichen Zuwanderer- und Ausländeranteilen hat dieses Thema große Bedeutung. Da die Geburtenrate der Deutschen niedrig ist, wird der Aspekt der politischen Integration von bisher Eingewanderten, ihren Nachkommen und neuen Zuwanderern in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen.

Zunehmend. Exakte Zahlen, wie groß die Gruppe der Staatsbürger mit Zuwanderungshintergrund ist, gibt es nicht. Schätzungen zufolge handelt es sich um rund fünf Prozent aller Wahlberechtigten in Deutschland, also etwa drei Millionen Menschen. Auf Baden-Württemberg bezogen sind es schätzungsweise sechs Prozent oder eine halbe Million Menschen. Etwa die Hälfte der Wahlberechtigten, die nicht als Deutsche geboren wurden, sind Aussiedler oder Spätaussiedler. Bei der anderen Hälfte handelt es sich in erster Linie um ehemalige Arbeitszuwanderer und deren Kinder. Die größte Gruppe unter ihnen stellen türkischstämmige Deutsche: In Baden-Württemberg machen sie etwa 100 000 der Wahlberechtigten aus. Die meisten dieser „Neubürger“ kamen erst seit den 90er-Jahren zur wahlberechtigten Bevölkerung hinzu. Trotz rückläufiger Zahl der Einbürgerungen – deren Zahl sank von 2001 bis 2004 in Baden-Württemberg von 28 000 auf 16 000 – wird die Zahl der Wahlberechtigten mit Zuwanderungshintergrund weiter zunehmen, auch deshalb, weil Zuwanderer mehr Kinder bekommen als andere Deutsche. Es besteht also durchaus Anlass, diese Wählergruppe insgesamt und auch ihre Teilgruppen ernst zu nehmen. Dies bedeutet, ihre Probleme anzuhören, politisch zu berücksichtigen und auch um die Neubürger zu werben. Gerade bei Landtagswahlen, die primär durch Mobilisierung gewonnen werden, sind Eingebürgerte eine politisch interessante Zielgruppe.

Unterdurchschnittlich. Nach allen Erkenntnissen, die es über die Wahlbeteiligung eingebürgerter Personen gibt, geben diese ungefähr so häufig ihre Stimme ab wie alle anderen Staatsbürger auch. Allerdings liegen für die Länderebene, so auch für Baden-Württemberg, bislang keine Forschungsergebnisse vor. Dennoch ist anzunehmen, dass sich die Ergebnisse aus bundesweiten und lokalen Studien im Kern auf die Länderebene übertragen lassen. Anders sieht es mit Blick auf wahlberechtigte EU-Ausländer aus, die sich in Deutschland an Kommunal- und Europawahlen beteiligen können. Die Beteiligungsraten der EU-Ausländer sind deutlich niedriger als die Beteiligungsraten der Deutschen. Europaweit ist die Beteiligung von Ausländern an Wahlen ebenfalls weit unterdurchschnittlich. Mit Blick auf politische Präferenzen und die Parteienwahl der Eingebürgerten fällt auf, dass diese bisher vor allem politisch links stehende Parteien gewählt haben. Das ist nicht verwunderlich, denn sowohl sozialdemokratische, grüne als auch sozialistische Parteien haben sich bislang am stärksten der Probleme von Zuwanderern und ihrer Integration angenommen.

Nicht zementiert. Die Wahlprogramme zur Landtagswahl 2006 bestätigen diesen Eindruck. Interessant ist in diesem Zusammenhang aber, dass das Grundmuster – unter anderen politischen Vorzeichen – auch auf Aussiedler und Spätaussiedler zutrifft: Sie wählen bislang ganz überwiegend die Union, die sich traditionell am stärksten für ihre Zuwanderung und Integration eingesetzt hat und dies auch im Landtagswahlkampf 2006 tut. Prägnante Wahlmuster, die vor allem die Zuwanderungs- und Integrationspolitik der Parteien widerspiegeln, müssen aber nicht „zementiert“ sein. Gerade die FDP, die bislang sowohl bei eingebürgerten Arbeitszuwanderern als auch bei Aussiedlern unterrepräsentiert ist, hat durchaus die Mög-

lichkeit, über liberale Programmatik bei Neubürgern anzukommen. Das Landtagswahlprogramm der FDP setzt hier einige Akzente wie beispielsweise in der Forderung nach einer möglichst umfassenden Beteiligung der Zuwanderer am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben Baden-Württembergs. Gemeinsam mit WASG und Grünen fordern die Liberalen ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer.

Symbolisch. Einige Parteien gehen im Landtagswahlkampf nicht allein programmatisch, sondern gezielt auf Zuwanderer zu. Traditionell kümmert sich die SPD recht intensiv um Arbeitszuwanderer. Die Grünen stellen die Kurzfassung ihres Wahlprogramms nicht nur in deutscher, sondern auch in russischer und in türkischer Sprache bereit. Aus verschiedenen Gründen ist es darüber hinaus aber auch sinnvoll, Personen mit Zuwanderungshintergrund in die Parteien selbst zu integrieren. Als Kandidaten und mögliche Abgeordnete sind sie einerseits Symbole in die eigene ethnische Gruppe hinein („einer von uns“) und andererseits auch ein Signal an die Mehrheitsgesellschaft, dass die Bevölkerung inzwischen multiethnisch geworden ist. Zudem kann es einen Unterschied machen, wenn im Rahmen politischer Diskussionen und Entscheidungsprozesse über Zuwanderungs- und Minderheitenfragen in Parteien und Parlamenten auch Personen vertreten sind, die einen themenspezifischen, eigenen Erfahrungsschatz mitbringen. Auch wenn Entscheidungen durch die politische Repräsentation von Zuwanderern möglicherweise nicht anders ausfallen als ohne sie, so besteht dennoch die Möglichkeit, dass Entscheidungen mit ihrer direkten Beteiligung auf einer breiteren Grundlage getroffen werden.

Unterrepräsentiert. Sowohl als Kandidaten als auch als Abgeordnete sind Personen mit Zuwanderungshintergrund nicht nur im Bundestag, sondern auch im Landtag von Baden-Württemberg bislang unterrepräsentiert. Sichtbar sind zwei SPD-Abgeordnete: der 1952 in Italien geborene Mario Capezuto aus Schwäbisch Gmünd und der 1962 in Griechenland geborene Nikolaos Sakellariou aus Schwäbisch Hall. Streng genommen hat auch die 1948 in Berlin geborene SPD-Abgeordnete Rosa Grünstein aus Schwetzingen wegen ihres Vaters, der aus Polen stammt, einen Zuwanderungshintergrund. Die Drei machen zusammen gut zwei Prozent aller Abgeordneten im Landtag aus, und mit Blick auf die Parteizugehörigkeit ist die Repräsentation doch recht einseitig. Daran wird sich aller Voraussicht nach auch wenig ändern, denn unter den Kandidaten zum neuen Landtag finden sich erneut nur rund zwei Prozent mit Zuwanderungshintergrund. Erfreulich ist immerhin, dass inzwischen alle Parteien Personen mit Zuwanderungshintergrund als Kandidaten und Ersatzbewerber aufgestellt haben, wenn auch insgesamt noch viel zu wenige.

ÜBER DEN AUTOR



ANDREAS M. WÜST, geboren 1969, ist Politikwissenschaftler am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung an der Universität Mannheim. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wahl- und Migrationsforschung. Im Jahr 2002 promovierte er über das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland und bereitet derzeit ein Forschungsprojekt zur politischen Repräsentation von Zuwanderern in entwickelten Demokratien vor.

